



GEW \* Ulrike Noll \* Zum Hahnenschrei 18 \* 69168 Wiesloch

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland im Irak  
Herr Bernd Erbel,  
außerordentlicher und bevollmächtigter  
Botschafter  
Fax: 00870-600249552  
E-mail: [zreg@bagd.auswaertiges-amt.de](mailto:zreg@bagd.auswaertiges-amt.de)  
Und: [info@bagdad.diplo.de](mailto:info@bagdad.diplo.de)

Nachrichtlich:  
Auswärtiges Amt  
11013 Berlin  
Fax: 030-5000-3402

Wiesloch, den 25.10.05

Sehr geehrter Herr Botschafter,

mit großem Befremden hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreis Rhein-Neckar-Heidelberg erfahren, dass den beiden irakischen Gewerkschaftsvertretern Frau Boshrah A. Abbood und Herrn Taha A. Ibraheem Breshdi ihre Visa für die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland verweigert wurden. Frau Abbood und Herr Breshdi waren, wie Ihnen bekannt ist, von der „Initiativgruppe Dialog mit irakischen GewerkschafterInnen“ eingeladen worden, um in verschiedenen Städten über die Situation im Irak zu informieren.

Das Interesse innerhalb der Lehrerschaft an Information und kritischer Diskussion über die Verhältnisse im Irak ist groß. Deshalb hat die Kreisversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreis Rhein-Neckar-Heidelberg Anfang Oktober mit großer Mehrheit beschlossen, den für Anfang November in Heidelberg angesetzten Informationsabend mit den beiden Gewerkschaftern mitzuveranstalten. Die Tatsache, dass Frau Abbood und Herr Breshdi die Mitteilung erhalten hatten, sie könnten ihre Visa am 18. 10. abholen, bedeutete für uns, dass der Einreise der irakischen Gewerkschafter nichts mehr im Wege stand. Daraufhin hat im Kreis Rhein-Neckar-Heidelberg in der Öffentlichkeit und in den Lehrerkollegien die breit angelegte Werbung für die Veranstaltung begonnen.

Umso größer ist das Befremden darüber, dass die beiden Gewerkschafter nicht einreisen durften.

In der Zwischenzeit wird bereits die Frage laut, ob ein dringend vorhandener Diskussionsbedarf durch die Visa-Verweigerung für die beiden Gewerkschafter unterbunden werden soll. Die Beibehaltung des Einreiseverbots würde in der Öffentlichkeit und in den Lehrerkollegien große Beunruhigung hervorrufen.



Wir bitten Sie deshalb um Mitteilung, warum Frau Abbood und Herrn Breshdi am 18. 10. die zugesagten Visa nicht erteilt wurden.

Vor allem aber bitten wir Sie dringend im Interesse der Vielen, die an Information und Diskussion über die Situation im Irak interessiert sind, den beiden irakischen Gewerkschaftern umgehend die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland zu genehmigen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrike Noll  
(GEW Kreisvorsitzende)